

Die Denkschrift Lloyd Georges.

Notwendigkeit eines bestimmten Ergebnisses in Cannes.

Der britische Handel ebenso schnell ruiniert wie der französische Boden. — Das Angebot eines reinen Defensivbündnisses. — Die Il-Boot-Grage. — Zustand der europäischen Nationen.

Paris, 11. Januar. (W. Z. V.)

Wie die Agence Canada aus Cannes meldet, heißt es in der Denkschrift Lloyd Georges über die Denkschrift: Die englische Regierung wünscht sehr, daß die Konferenz von Cannes zu einem bestimmten Ergebnis gelange, das sowohl von den Franzosen als auch von den Engländern öffentliches Interesse weckt. Nach ihrer Ansicht ist für einen solchen Erfolg ein enges und enges Zusammenarbeiten der beiden Regierungen unerlässlich. Die öffentliche Meinung in England wie auch in Frankreich ist sehr gespannt. Die Denkschrift enthält eine Reihe von Fragen auf dem Gebiet der Interessenskonflikte, die die Wiederherstellung Europas und die Befreiung des Handels betreffen. Die Denkschrift enthält eine Reihe von Forderungen, die die Wiederherstellung Europas und die Befreiung des Handels betreffen. Die Denkschrift enthält eine Reihe von Forderungen, die die Wiederherstellung Europas und die Befreiung des Handels betreffen.

Nach Ansicht der englischen Regierung gibt es zwei Klassen der Besorgnisse in Frankreich. In erster Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat. In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat.

In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat. In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat.

In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat. In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat.

In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat. In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat.

In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat. In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat.

In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat. In zweiter Linie beunruhigt Frankreich die öffentliche Meinung über die Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg zu zahlen hat.

Was die Reparationen anbelangt, so sei die britische Regierung bereit, bei den Verhandlungen zu halten, die in Cannes stattfinden werden, wobei Frankreich beträchtliche Opfer bringen sollte. England glaube, daß diese Verhandlungen den hauptsächlichsten Bedürfnissen Frankreichs genügen könnten bis zum Augenblick, in dem eine finanzielle Regelung abgeschlossen ist. Unternehmungen werden keine, vielleicht in zwei oder drei Jahren.

Die Sicherheit Frankreichs gegen ein Eindringen des Feindes wüßte England als eine Angelegenheit zu betrachten. Eine solche Angelegenheit wäre ein Bedürfnis, England für die folgenden Zwecke die Verpflichtung zu übernehmen, mit seiner Streitmacht Frankreich zur Seite zu treten, wenn ein nichtproduzierender deutscher Angriff auf Frankreichs Boden erfolgt. Eine solche Garantie würde doppelt wertvoll sein. Sie würde nicht nur die Interessen Frankreichs, sondern auch die Interessen Englands schützen. Sie würde ein solches Bündnis auch über die Grenzen hinaus ausbreiten. Im Jahre 1914 wäre Deutschland wirtschaftlich nicht zum Angriff befähigt gewesen, wenn es sich über den Atlantik der Ärmelkanal hinweg hätte bewegen wollen. Die Sicherheit in der Zukunft würde ein solches Bündnis nicht annehmen, das Großbritannien über mehr als sechs Millionen verläßt. Es habe nichts oder wenig genützt von der besonderen Art der Hilfsleistungen des Bundes der britischen Völker. Heute würde es heute nicht sein, denn es würde das erste Kriegsjahr 400.000 Mann aus den französischen Schlachtfeldern unterhalten haben.

Diese Zahl hat sich in der Folge schnell vermehrt und im Verlauf der letzten vier Kriegsjahre hat die britische Armee in Frankreich und Flandern eine enorme Zahl von Soldaten, die durch die fortwährenden Verluste verurteilt wurde, eine Streitkraft von zwei Millionen Menschen unterhalten. Großbritannien hat insgesamt 621.147 Mann zum Dienst an Land, zur See und in der Luft einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt. Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt.

Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt. Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt.

Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt. Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt.

Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt. Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt.

Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt. Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt.

Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt. Die britische Armee hat insgesamt 1.200.000 Mann einberufen. Die autonomen Dominions, Indien und die anderen britischen Besitzungen, haben sich ebenfalls an der Bekämpfung des Feindes beteiligt.

Vertrag mit England sei schließlich als ein Defensivvertrag bezeichnet werden. Er würde andere mit einem neuen Vertragssystem oder überhaupt nicht mit dem neuen Vertragssystem. Das Echo de Paris meint, eine Krise noch nicht eingetreten, aber die Lage sei ernst. Es komme immer eine Stunde, in der die große Geschicklichkeit vor der Macht der Tatsachen verlor. Briand besitze die Macht jetzt schon ein ganzes Jahr. Die Kommission des Senats für auswärtige Angelegenheiten hat gestern unter dem Vorsitz Poincarés gleichfalls die Denkschrift gegen das Kabinett eröffnet. Die von der Kommission angenommenen Resolutionen, die von Poincaré unterzeichnet sind und heute Briand bei seinem Eintreffen überreicht werden wird, hat folgenden Wortlaut: Die Kommission, dem Gefühl entsprechend, das getrieben im Senat sich zu erkennen gab, hat folgende Forderung aufgestellt. 1. Daß die wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit Frankreichs die wesentliche Vorbereitung für die Regelung sei. 2. Daß die Wiedergutmachung, die unserem Lande geschuldet wird, unverzüglich zu leisten sei, daß es keine neue Herabsetzung von Frankreichs Forderungen geben darf, daß der Zahlungswahlplan vom 18. Mai 1921 nicht abgeändert werden darf. 3. Daß es unzulässig sei, die belagerte Wirksamkeit in irgend einer Form zu schwächen. 4. Daß Frankreich auf der geplanten internationalen Finanzkonferenz nicht teilnehmen kann, wenn es nicht vorher die klare und gesicherte Zusage erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden. 5. Daß der Vertrag zwischen Frankreich und England vor allen Dingen die Garantien, Pfänder und Eigentumsmaßnahmen des französischen Bodens, die Frankreich nach dem Vertrag und Abmachungen für sich und im Zukunft verleiht. Die Kommission ist deshalb der Meinung, daß ohne die Mitarbeit der Kammer nichts beschließen werden darf.

Nach die Finanzkommission des Senats hat einen Antrag angenommen. Sie verlangt nähere Mitteilungen über den Plan Loucheurs für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas. Die Opposition im Senat wird von Barthou, Doumer, Bonnevay und Le Troquer geführt. Zum Widerspruch zu anderen Mitteilungen hat der „Petit Journal“, daß die Regierung mit der Einleitung von Senats und Trochys zur Konferenz in Cannes einverstanden sei, vorausgesetzt, daß die beiden eine Anzahl von Bedingungen übernehmen, unter denen besonders auch die Anerkennung der Forderungen an Frankreich für sich selbst. Der Eindruck, daß die Regierung ein Abkommen mit Frankreich nicht durch die Kritik der Morgenblätter verliert. Das „Journal“ schreibt: „Eine Entscheidung muß getroffen werden. Am nächsten Sonntag ist der 15. Januar, an dem Deutschland seine Zahlungen zu leisten hat. Wenn dem Reich bis zu diesem Tage kein Aufschub bewilligt werden wird, muß in Paris eine entschlossene Regierung vorhanden sein, welche die Rechte unseres Landes wahrnimmt, indem sie die Bestimmungen des Versailler Vertrages in Anwendung bringt.“

In der Kammer wird davon gesprochen, daß Poincaré der Reichstag eine Erklärung zu machen, falls die Regierung heute zurücktreten würde. Der Kriegsminister Barthou wird vor allem im Kabinett gegen Briand. Ihm sei bereits auch ein Posten in den künftigen Kabinett zugedacht. Unter dem weiteren Ministerium des Kabinetts Poincarés werden Barthou, Juvénal, der Chefdekkleur des „Matin“ und Herr de Laferrière genannt.

Der französische Minister fordert „bessere Garantien“.

Die republikanische Kammergruppe gegen alle „neuen Konzessionen“.

Paris, 11. Januar. (W. Z. V.)

Die „Abercia“ berichtet, es scheint, daß man sich in der getragenen Ministerkammer, in der Präsident Millerand persönlich interveniert habe, sich über folgende Grundlinien geeinigt habe: 1. keine Herabsetzung der Schuldverpflichtung zuzulassen, 2. nicht auf die Befreiung des linken Rheinrheins zu verzichten und 3. alle Rechte Frankreichs auf wirtschaftliche und militärische Konventionen aufrechtzuerhalten, wenn die Umstände es erfordern. Zu diesem Sinne sei ein lautes Telegramm an Briand abgegangen.

„Lemps“ schreibt in seinem heutigen Blatt, daß heute vorläufig abgelehnte Garantien fordern müssen, wenn man Deutschland ein Moratorium bewilligt. Das sei eine Entscheidung, die niemand übersehen werde. Welcher Gläubiger habe nicht das Recht, Sicherheiten zu verlangen in dem Augenblick, in dem er erfährt, daß sein Schuldner einen Aufschub verlangt. Aber wie sollte man sich die Zustimmung und Rückversicherung der Pfänder und die Bestimmung und Befreiung der Garantien vor? Das müßte man erfahren, wenn man sich nicht dem Vorwurfe aussetzen wollte, viel eher eine parlamentarische Kundgebung als einen politischen Akt zu unternehmen. Die Erklärung habe seit zwei Jahren hinausgeschoben, daß man mit vagen Vorschlägen nichts erziehe und auch nicht mit unannehmbaren Plänen. Wo ist also das präzise und durchführbare Programm? „Lemps“ erinnert daran, daß es über die Reparationen ein ausgebreitetes Programm als das verlangt habe, mit dem sich der Oberste Rat auseinandersetzen sollte. Er habe auch eine große internationale Anhörung gefordert. Habe man das im Sinn, und habe man die Bedingungen hierin studiert?

George Duvaux, der Vorsitzende der republikanischen Kammergruppe, hat an den Ministerpräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

Die Leitung der republikanischen Kammergruppe hat sich mit den Nachfragen beschäftigt, die aus Cannes kommen, und wünscht, ihnen in einem ihrer zweimonatlichen Sitzungen mitzuteilen, daß bei der getragenen Resolution die Gruppe eine Tagesordnung angenommen hat, in der sie im Willen ausspricht, ohne Schwäche die Eintreibung der französischen Forderungen an Deutschland durchzuführen zu sehen. Sie kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Kammer niemals die neuen Konzessionen, selbst in der Form eines Moratoriums, auf Kosten Frankreichs oder Belgiens, seines elden Verbündeten, beschließen wird, und daß kein Projekt eines finanziell-englischen Bündnisses — so müßte es auch der einen oder anderen Nation sein kann — als Bedingung irgendeiner Verzicht in dem Vertrag betrachtet werden oder einen Verzicht auf irgendwelche in dem Vertrag begründeten Garantien, insbesondere der territorialen Sicherheiten, fordern darf.

Paris, 11. Januar. (W. Z. V.)

Es wird bemerkt, daß Lloyd George und Briand sich entschlossen haben, diesen Vertrag hinsichtlich eines neuen Abänderung des französisch-englischen Schutzvertrages auf Grund des neuen französisch-englischen Schutzvertrages, zweitens, daß ein belgisch-englischer Defensivvertrag geschlossen werde.

Die britische Regierung wünscht gleichfalls

die britische Regierung wünscht gleichfalls

Wacht, daß Frankreich von seinem Herzen mit Großbritannien am wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge Europas mitwirft. Sie hofft also, daß Frankreich die schließlichen Einberufung einer wirtschaftlichen Konferenz, auf der alle europäischen Mächte, einschließlich Rußlands, vertreten sind, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu regeln, die wichtigste Aufgabe der Welt wieder zugänglich gemacht werden. Die britische Regierung ist daher der Ansicht, daß die Gegenwart der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für den Erfolg einer solchen Konferenz nach Moskau zu suchen, es ist von größter Wichtigkeit, und die russische Regierung verhandelt wird, um die Konferenz so schnell wie möglich abzuwickeln. Im Handel mit Rußland treiben zu können, sind gewisse Maßnahmen unerlässlich. Man muß zur Geltung bringen können, sich gegenseitig die Grundzüge der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Regierung regeln wollen, demnach gute Pläne aufgestellt werden können, um einen Handel zu stiften, damit die ausländischen Märkte für die britischen Waren, die ihr Eigentum und ihre Rechte geschützt werden und daß ihre Unternehmungen ihnen sicher ist. Dieses Gefühl der Sicherheit ist heute hergeleitet, wenn die Regierung der Länder, die ausländische Kredite erhalten wollen, sich verpflichtet, die ausfallende Schulden und öffentlichen Verpflichtungen zu erkennen, ebenso wie die Verpflichtung, die ausländischen Unternehmungen für Verluste und Schäden durch Konfiskationen und Expropriationen wieder zu entschädigen, die in der Ausführung der Handels- und sonstigen Verträge einfließen und nicht. Unter anderem ist es nötig, über rechtliche Zustimmungen zu verfügen und, allgemein gesprochen, daß finanzielle und finanzielle Garantien bieten, die dem Handel ausreichende Garantie bieten.

Die Staatsmänner verpflichtungen eingehen konnten, ohne dabei Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung zu nehmen, deren Vertrauen sie sind. Damit der Handel wieder zu einem dauerhaften Wert für beide Länder führt, ist es notwendig, daß die Demokratien des britischen Reiches und der französischen Republik sich sicher fühlen, die sie haben Ziele und Ideale zu verfolgen. Alle Fragen, die sich aus der Unterzeichnung der beiden Verträge ergeben, müssen gelöst werden. Die britische Regierung ist der Ansicht, daß gegenwärtig keine Frage existiert, die nicht in einer oder beiden der Regierungen betriebenen Weise geregelt werden kann, und daß der Garantievertrag zwischen beiden Ländern demnach abgeschlossen und befestigt werden kann durch ein vollständiges und dauerhaftes Einverständnis.

Es würde außerdem ganz besonders, daß dieses Einverständnis zwischen Großbritannien und Frankreich, weil davon abhängt, andere Nationen anzuziehen, die Grundzüge des Planes der internationalen Zusammenarbeit bilden, um den Frieden in ganz Europa zu sichern. Die britische Regierung vertraut in dieser Beziehung auf die Zusammenarbeit unter den Mächten. Die letzte der in dem grundlegenden Memorandum für die Wirtschaftsförderung im Wege geschlossenen Bedingungen umfacht folgende einfache Vorbedingung für die internationale Zusammenarbeit: Alle Länder sollen gemeinsam die Verpflichtung übernehmen, sich von jedem Angriff auf ihre Unabhängigkeit zu enthalten, und die Verpflichtung von allen Nationen einen Ausbruch zu vermeiden, das ist notwendig, daß die Einigkeit der europäischen Nationen in zwei mächtige Lager sich nicht durch das Fortbestehen von engherigen Befehlungen auf beiden Seiten der hierdurch geschaffenen Befehlungen zu verhalten. Die beiden Regierungen sind der Ansicht, daß dies ein notwendiges Element der internationalen Zusammenarbeit ist.

Der Inhalt des Defensiv-Vertrages.

Keine Abmachungen mit Italien.

Gannes, 12. Januar, (L. E.)
Dem englischen Memorandum ist der eigentliche Vertrag zwischen England und Frankreich beigefügt. Er besteht aus fünf Artikeln. Der erste Artikel wird durch England im Sinne des durch Deutschland propagierten Artikels mit allen seinen militärischen, maritimen und Luftstreitkräften sofort, an die Seite Frankreichs stellen werde. Artikel zwei erklärt, daß die Artikel 42, 43 und 44 des Versailler Vertrages den beiden Regierungen ungenügend erschienen und die Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Deshalb werden die beiden Regierungen, falls diese Bestimmungen bedroht werden oder auch nur, wenn es zweifelhaft ist, ob eine derartige Bedrohung stattfinden könnte, zusammenzugehen. Artikel 3 legt, daß die beiden Regierungen auch über die Maßnahmen ein Abkommen treffen werden, die getroffen werden sollen, um die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages von Deutschland nicht beobachtet werden sollen. Artikel 4 erklärt, daß die Ratifikation des englisch-französischen Vertrages durch die Dominions notwendig sein wird, die eingegangenen Verpflichtungen auch für sie geltend haben. Artikel 5 bestimmt, daß der Vertrag für zehn Jahre Geltung haben soll, doch könne er ohne weiteres verlängert werden.

Einigen Hauptverträge stellen sich nach den beiden Nebenverträge hinzu, nämlich der französisch-belgische Garantievertrag, wie er 1920 abgeschlossen und Milaan geschlossen wurde, und als zweiter der zwischen England und Belgien neu zu schließende Garantievertrag.

Während es bereits feststeht, daß Belgien in das englisch-französische Vertragsverhältnis mit aufgenommen werden wird, lehnt es Lord George ausdrücklich ab, ähnliche Abmachungen zur Verstärkung der italienischen Grenze zu treffen. Grund dafür, daß es an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens andere Verpflichtungen jedoch nur gegenüber Frankreich und Belgien eingehen wollte.

Die Veröffentlichung der englischen Defensiv-Verträge über den Garantievertrag erfolgt natürlich auf Wunsch Briands in den Augenblick, in dem er mitten in den Verhandlungen von Gannes der erregten öffentlichen Meinung Frankreichs über seine Haltung Rede und Antwort steht. Sie ist offenbar zur Stütze seines Standpunktes bestimmt, den Abschluß des Garantievertrages als einseitige Entscheidung über die diesjährige deutsche Reparationszahlung. Dem Ministerpräsidenten wird von der Opposition vorgebracht, daß er ein einseitiges französisches Interesse zu bringen, abgesehen von den Reden und Summen, die ihm aus dem Londoner Ultimatum folgten, und daß der Inhalt einer Rettung Europas nachfrage. Man wird sagen müssen, daß die Veröffentlichung Lord Georges in der Tat starke Argumente zugunsten Briands enthält. Der Londoner Vertrag, wie er hier angeführt und interpretiert wird, ist alles, was Frankreich von England gewährt werden kann, und was alle, die nicht selbst Anhänger einer imperialistischen Angriffspolitik sind, erwarten konnten. Die Zustimmung gemeinsamer Ratschläge jedes nicht proo-

zierten Angriff Deutschlands gegen das französische Gebiet ist in bestimmten Worten ausgeprochen. Briands Aufgabe wird nun der Nachweis sein, daß die Gegenbedingungen, die England stellt, zumutbar sind. Briands Aufgabe wird nun der Nachweis sein, daß die Gegenbedingungen, die England stellt, zumutbar sind. Briands Aufgabe wird nun der Nachweis sein, daß die Gegenbedingungen, die England stellt, zumutbar sind.

Die Steuererhöhung und die Demokraten.

Staatsnotwendigkeit und Parteigegensatz.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ macht über die Steuererhöhung und die Stellung der Demokraten die folgenden Ausführungen:

Die Schwierigkeiten bei der Verabschiedung der Steuererhöhung der Regierung treten immer schärfer zutage. Die Regierung legt alles Gewicht auf die Verabschiedung ihrer Vorlagen, ohne selbst diejenigen Voraussetzungen zu erfüllen, die für eine gedeihliche Fertigstellung unabwiesbar unbedingt darauf bestehen haben in den letzten Ausdrücken neuer Steuererhöhung die Regierung im Hinblick auf die Erschließung der neuen schärferen Belastung ist aber noch nicht das geringste wahrzunehmen. Auch die dringende erwerbslose steuerliche Einheitlichkeit der Parteien liegt noch in weitem Felde. Die Mehrheitssozialdemokratie macht kaum noch ein Hehl daraus, daß sie in Verbindung mit der Sozialdemokratie auch auf die Gefahr einer Auflösung des Reichstages durchgehen wird. Und die Deutsche Volkspartei, soweit sie von Sinnes beeinflusst wird, denkt offenbar nicht daran, in die Regierung einzutreten, denn die Verhandlungen in Gannes abgeschlossen sind und die Verantwortung dafür von „den anderen“ übernommen ist. Sie scheint das gleiche Spiel wie beim Londoner Ultimatum spielen zu wollen. Wie aber die gewaltige neue Steuerbelastung durchgeführt werden soll, wenn gewisse zur Mitwirkung berufene Parteien sich aus Verantwortungszwecken oder laßlichen Erwägungen verweigern, ist unerfindlich. Die Demokraten haben auch bei den neuen Verhandlungen kein Hehl daraus gemacht, daß sie, wie bisher stets, die Staatsnotwendigkeiten für die Verabschiedung der Steuererhöhung nicht vorantreiben. Wie die Dinge liegen, gegenwärtig entwickelt haben, wird ihnen niemand verweigern können, wenn sie jetzt Zurückhaltung üben und den großen Parteien in erster Linie die Verantwortung für das Zustandekommen eines ertragreichen Steuerkompromisses zuschieben.

Die Unabhängigen und die Kirchenfrage

Der letzte Verhandlungstag.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

B. S. Leipzig, 12. Januar.
In einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung, die von mehr als 1000 Zeitspiger Arbeitern unterschrieben wurde, wird nach den Ansprüchen der ausländischen und deutschen Delegierten eine Resolution angenommen, in der die deutsche organisierte Arbeiterklasse aufgefordert wird, die Kontrolle der Munitionsfabrikation zu übernehmen, so daß die Produktion von Waffen für den Kriegswesen des Auslandes gegenüber Deutschland abgelehnt wird. Der heutige letzte Verhandlungstag des Parteitag begann mit dem Bericht der Organisationskommission, den der sächsische Verband in Dröbichau, Kreisorganisation, Bezirks- und Landesverbände. An Stelle des bisherigen Parteibüros, der Parteizentrale, wurde ein neues Parteibüro in Leipzig gebildet, das die Parteizentrale, die in Leipzig gebildet wurde, die in Leipzig gebildet wurde, die in Leipzig gebildet wurde.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich **Kawitzer** (Bremen). Die Zentralleitung habe die Aufgabe, die Fraktion zu kontrollieren. Wenn aber die Parteimitglieder selbst in der Zentralleitung sitzen, sei eine solche Kontrolle nicht möglich. Es entspringt sich über den Wahlvorgang eine längere Debatte, in der **Sand** (Hildesheim) gegen die Wahl von drei Vorstehern sich

wendet und verlangt, daß Dittmann weiter Sekretär bleiben soll. Die Wahl der Parteileitung wird schließlich bis Mittags vertagt. Die Reichstagsabgeordneter **Ludwig**: Wir verlangen ja vom Staat, daß er die Religion als Privatangelegenheit anerkennet, wobei jeder seinen Privatglauben frei wählen kann. In Berlin prüft man heute jedes Mitglied bei seinem Eintritt in die Partei, ob es im Besitz eines Kirchenausstrittsbescheides ist. Dabei ist es den Berlinern ganz egal, ob der Betreffende sich auch innerlich von seinen religiösen Anschauungen losgerissen hat. Die Hauptaufgabe ist ihnen nur, daß er diesen Schritt tut. Die Hauptaufgabe ist ihnen nur, daß er diesen Schritt tut. Die Hauptaufgabe ist ihnen nur, daß er diesen Schritt tut.

Rabinkettstiftung über die Reparationsfragen.

Heute nachmittag 6 Uhr hält die Reichsregierung eine Rabinkettstiftung ab, in der sie sich außer anderen Angelegenheiten auch mit einigen Einzelfragen, die das Reparationsproblem betreffen, beschäftigen wird.

Das Siedlungsprogramm für 1922.

Zusammenkunft der Kulturamtspräsidenten.
Im preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten finden unter dem Vorsitz des Ministers am 13. und 14. Januar Beratungen über die zweckmäßigste und beschleunigende Durchführung der im Bundesgesetz über die Siedlungsangelegenheiten enthaltenen Aufgaben auf dem Gebiete des Siedlungswesens, der Kultivierung von Moor, Heide- und ähnlichen Wäldern und der wirtschaftlichen Umlegung von Grundflächen statt. Es werden dabei die sämtlichen Kulturamtspräsidenten, am zweiten Tage, an dem insbesondere auch das Siedlungsprogramm für 1922 besprochen werden soll, auch die Direktoren der gemeinsamen Siedlungsstellen, sowie die Vorstehenden der Landeslieferungsvereine teilnehmen.

Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Abänderungen des Entwurfes.
Die Beratungen über den Entwurf eines Eisenbahnfinanzgesetzes werden erst in einigen Tagen wieder aufgenommen werden. Infolge der Einwürfe der Sachverständigen und der Generalkommission, wie bereits gemeldet, weitere Abänderungen erforderlich, so daß es nicht möglich sein wird, den Entwurf, wie geplant, dem Reichstag bereits bei seinem Zulauftrennen am 19. Januar vorzulegen. Wann der Reichsverkehrsminister das Gesetz dem einzelnen Landern vorlegen wird, ist ebenfalls noch unbestimmt.

* Morgen vormittag um 10 Uhr wird, wie wir hören, der vorläufige **Reichseisenbahnrat** zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich mit der Frage der Tarifverhandlungen zu beschäftigen.

* Wie wir hören, wird sich der deutsche Vertreter in Moskau, **Geheimrat Wiedfeldt**, der sich seit einiger Zeit in Moskau auf Urlaub befindet, in diesen Tagen nach Moskau zurückbegeben. Geheimrat Wiedfeldt, der während seines hiesigen Aufenthaltes in Moskau die deutsche Konsulatsverwaltung übernahm, wird sich nach Moskau zurückbegeben, um die dortige Konsulatsverwaltung zu übernehmen. Neben der Hauptvertretung in Moskau noch eine zweite Stelle in Petersburg zu errichten.

Das Gelly-de-Rheyn-Ballett vor Gericht.

Vorführung von Films und Tänzen im Theater am Zoo.

Nach wie heute noch die Zängerin Gelly de Rheyn ein so seltenes und gestrenge Publikum sich heute vormittag. Hinter verschlossenen Türen hielt die achte Strafkammer des Landgerichts I im neuen Theater am Zoo einen sogenannten Kollateralsitzung ab. Richter, Staatsanwalt und Sachverständige sahen im Ballett, um durch Neuaufnahme über die Gültigkeit oder Ungültigkeit in den Tänzen des angeklagten Balletts zu richten. Es wurden zunächst jene Filme gezeigt, die einige Tänze des unter Anklage gehaltenen Balletts im Bildstreifen zeigen, jene Schönheitszüge, die dem Staatsanwalt Anstoß zur Klage gaben. Der Söbepunkt des Films „Die Nonne“, nach dem Films öffnet sich die Bühne und es kamen die einzelnen Tänze des Balletts zur Vorführung. Während einer Pause zwischen den einzelnen Tänzen kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Ein alterer Herr, der bei der ersten Ballettvorführung, sah, sprang plötzlich auf und rief mit lauter Stimme: „Herr Vorstehender! Ich bin nicht die Tänze, an denen ich, als ich sie sah, Anstoß genommen habe.“ — Vorstehender: „Wozu sind Sie gekommen, Herr Zeuge, daß Sie später in ordentlicher Verhandlung darüber anfragen werden.“ — Herr Zeuge: „Ich habe schon gesagt.“ — Staatsanwalt: „Ich stelle allerdings fest, daß neben dem unter Anklage gehaltenen Ballett auch einige andere vorgeführt wurden.“ — Nach diesem Zwischenfall nahm die Vorführung einen unregelmäßigen Fortgang. — Die Weiterführung der Verhandlungen in Moskau erfolgt am Sonnabend vormittag.

Zuchthaus für Gierschnuggel.

Nachen, 12. Januar. (M. Z. B.)
Vor dem hiesigen Bürgergericht hatten fünf ein Tagelöhner aus Nachen und ein Schlosser aus Zwickau wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Gierschnuggels zu verantworten. Der Hauptangeklagte erhielt ein Jahr Zuchthaus, 20000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust, außerdem wurde er unter Polizeiaufsicht gestellt. Sein Helfer wurde mit vier Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe sowie drei Jahren Ehrverlust bestraft.

Fortlaufend notierte Werte. (ohne Gewähr).

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including sections for 'Aktien', 'Anleihen', and 'Währungen'.

Berliner Fonds-Börse 12. Jan. 1922. Fester Handel. - Dollar ca. 181.

Die neue Wendung in den Verhandlungen von Cannes, die durch die grossen Vorbehalte...

Am Markt der 'unnotierten Werte'

Was die Tendenz bei diesem Geschäft nicht einheitlich ist, wurden folgende Kurse genannt...

Als bekannt wurde, dass der Markt der mit Einheitskursen notierten Papieren eine feste Haltung...

Industrie-Aktien

Die Kurse der Industrie-Aktien sind im allgemeinen...

Bank-Aktien

Die Kurse der Bank-Aktien sind im allgemeinen...

Anleihen

Die Kurse der Anleihen sind im allgemeinen...

Währungen

Die Kurse der Währungen sind im allgemeinen...

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including sections for 'Aktien', 'Anleihen', and 'Währungen'.

Geblühter und Geblühter.

Geblühter, doppelt so stark, als Schilber...

3000 Uster

Einheits-Teilen, Macco-Gaden...

2000 Pfundchen

2000 Pfundchen, 125 Gr. Anzahl...

100 zu neue ungebrauchte

100 zu neue ungebrauchte, Locomotiv-Feuerungszylinder...

Grossere Posten

Grossere Posten, 28 cm 30 cm 32 cm...

Einheits-Teilen

Einheits-Teilen, 1.5. verbleib. Formate...

2200 Zehnpfundchen

2200 Zehnpfundchen, 10 000 in 10...

100 zu neue ungebrauchte

100 zu neue ungebrauchte, Locomotiv-Feuerungszylinder...

Frankfurter Schaufen

Frankfurter Schaufen, 28 cm 30 cm 32 cm...

Einheits-Teilen

Einheits-Teilen, 1.5. verbleib. Formate...

2200 Zehnpfundchen

2200 Zehnpfundchen, 10 000 in 10...

100 zu neue ungebrauchte

100 zu neue ungebrauchte, Locomotiv-Feuerungszylinder...

Schweizer Roll-Boile

Schweizer Roll-Boile, 28 cm 30 cm 32 cm...

Einheits-Teilen

Einheits-Teilen, 1.5. verbleib. Formate...

2200 Zehnpfundchen

2200 Zehnpfundchen, 10 000 in 10...

100 zu neue ungebrauchte

100 zu neue ungebrauchte, Locomotiv-Feuerungszylinder...

S.M. Grobbleche

S.M. Grobbleche, 28 cm 30 cm 32 cm...

Einheits-Teilen

Einheits-Teilen, 1.5. verbleib. Formate...

2200 Zehnpfundchen

2200 Zehnpfundchen, 10 000 in 10...

100 zu neue ungebrauchte

100 zu neue ungebrauchte, Locomotiv-Feuerungszylinder...

